

Dr. James S. Spiegel, Christliche Ethik, Sitzung 16, Krieg

© 2024 Jim Spiegel und Ted Hildebrandt

Hier spricht Dr. James Spiegel über christliche Ethik. Dies ist die 16. Sitzung zum Thema Krieg.

Okay, unser nächstes Thema ist Krieg.

Und die Frage ist: Wann, wenn überhaupt, ist Krieg moralisch vertretbar? Was ist also Krieg? Beginnen wir mit dieser Frage. Krieg, allgemein verstanden, ist ein bewaffneter Konflikt zwischen Nationen. Diese Definition ist jedoch problematisch, da sie Kriege gegen revolutionäre oder terroristische Gruppen ausschließt.

Revolutionäre Kriege sind zweifellos reale Kriege, auch wenn sie im eigentlichen Sinne keine Kriege zwischen Nationen sind. Doch so wird Krieg im Allgemeinen verstanden. Karl von Clausewitz definiert Krieg als einen Zweikampf in großem Ausmaß.

Krieg, so sagt er, ist ein Akt der Gewalt, der den Gegner zwingen soll, unseren Willen zu erfüllen. Es gibt drei allgemeine Perspektiven auf den Krieg: Zunächst die Theorie des gerechten Krieges, die besagt, dass Krieg unter bestimmten Bedingungen moralisch gerechtfertigt ist. Dann gibt es die Ansicht vom notwendigen Übel, die besagt, dass Krieg manchmal notwendig ist, um ein größeres Übel zu verhindern, aber selbst immer ein Übel darstellt.

Und dann gibt es noch den Pazifismus, der besagt, dass Krieg niemals moralisch gerechtfertigt ist. Wir werden uns also mit der Theorie des gerechten Krieges und dem Pazifismus sowie mit den Argumenten dafür und dagegen auseinandersetzen. Es gibt nicht viele Befürworter der Ansicht, dass Krieg ein notwendiges Übel sei, hauptsächlich weil die meisten Menschen aus gutem Grund keine Position beziehen wollen, in der sie offen das Böse verteidigen.

Die große Mehrheit der Wissenschaftler zu diesem Thema würde entweder sagen, dass Krieg in manchen Fällen moralisch richtig und manchmal gerechtfertigt ist, oder sie würden dies ablehnen und behaupten, Krieg sei niemals moralisch zu rechtfertigen. Wir beginnen mit der letzteren Ansicht, dem Pazifismus, und unterscheiden zunächst verschiedene Arten von Pazifismus. Denn Pazifismus ist nicht gleich Pazifismus.

Es gibt den Antikriegspazifismus, der den staatlichen Einsatz von Gewalt verurteilt, aber das persönliche Recht auf Selbstverteidigung wahrhaft. Demgegenüber steht der

private Pazifismus, der Gewalt im persönlichen Bereich ablehnt, nicht aber die Gewalt, die von politischen Autoritäten angewendet wird. Man unterscheidet zwei Formen des privaten Pazifismus.

Es gibt den privaten Pazifismus, der sich gegen das Töten ausspricht, und dann die strengste Form des privaten Pazifismus, der Gewalt jeglicher Art im persönlichen Bereich ablehnt. Schließlich gibt es noch den universellen Pazifismus, die extremste aller Ausprägungen, der jegliche Gewalt und Tötung im privaten Bereich sowie durch politische Autoritäten verurteilt. Philosophisch betrachtet, gibt es das Argument des moralischen Vorbilds, das besagt, dass die Welt besser wäre, wenn alle Menschen Pazifisten wären.

Das ist allgemein anerkannt. Wäre die Welt nicht wunderbar, wenn niemand Gewalt anwenden würde? Wenn also die Verbreitung einer pazifistischen Weltanschauung oder eines pazifistischen Handelns die Welt in diesem Sinne idealisieren würde, beweist das dann nicht, dass dies die richtige Position ist? Das ist das Argument des moralischen Vorbilds. Es ist im Wesentlichen kantisch.

Pazifismus lässt sich universalisieren, Gewalt jedoch nicht. Deshalb sollten wir niemals gewalttätig handeln. Es ist keine Verhaltensweise, die man sich allgemein wünschen könnte.

Dann gibt es noch das Argument Gandhis, das die Rolle des Leidens, insbesondere im Namen der Gerechtigkeit, als Mittel zur Seelenreinigung betont. Es geht dabei nicht nur um die eigene Seele; es kann auch die Seelen der Gegner wandeln. Gandhi, in der hinduistischen Tradition, hob die Ahimsa, die Gewaltlosigkeit, hervor und verbietet es, aus egoistischen Gründen Schmerz oder Verletzungen zuzufügen.

Er sagt, die spirituelle Waffe der Selbstreinigung, so immateriell sie auch erscheinen mag, sei das wirksamste Mittel, um das eigene Umfeld grundlegend zu verändern und äußere Fesseln zu sprengen. Gandhi erlangte internationale Bekanntheit durch seinen Einsatz für die indische Unabhängigkeit und seine Ablehnung jeglicher Gewalt. Seine Bereitschaft zu leiden nutzte er, um ein starkes Zeichen zu setzen und Einfluss auf das Handeln ganzer politischer Regime zu nehmen.

Und dann gibt es noch das utilitaristische Argument, die Idee, dass Kriege mehr Schaden als Nutzen bringen. Letztendlich, so argumentieren manche Pazifisten, ist jeder Krieg, in den man eintritt, immer ein Verlust, selbst wenn es sich um einen Verteidigungskrieg handelt, selbst wenn es ein Krieg zur Verteidigung einer unschuldigen Nation ist. Welcher Nutzen auch immer durch Kriegshandlungen erzielt werden soll, er wird immer ein Verlust sein.

Dieses Argument lässt sich in bestimmten Kontexten schwer verteidigen, beispielsweise im Zweiten Weltkrieg, als ein Tyrann wie Adolf Hitler Millionen

unschuldiger Menschen ermordete. Es ist schwer, viele von uns davon zu überzeugen, dass es richtig wäre, nicht mit Aggression auf diesen Völkermord zu reagieren. Doch ich habe Pazifisten argumentieren hören, dass selbst in diesem Fall der Eintritt in den Zweiten Weltkrieg, den wir aus verschiedenen Gründen genossen, letztendlich ein Verlust gewesen wäre.

Das ist ein schwieriges Argument, aber es ist interessant zu sehen, wie Pazifisten sozusagen an ihrer Position festhalten. Vielleicht ist die Metapher unpassend. Sie sollten in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg an ihrem utilitaristischen Standpunkt festhalten.

Im Hinblick auf biblische Argumente für den Pazifismus berufen sich einige auf die Heiligkeit des Lebens, darauf, dass der Mensch nach Gottes Ebenbild geschaffen ist und daher alle Menschen ausnahmslos ein Recht auf Leben haben, selbst wenn sie andere töten. Wir sollten ihr Leben achten und sie nicht töten. Das schließt zwar das Töten aus, wohlgemerkt, aber nicht andere Formen von Gewalt, wie etwa den Einsatz von Gewalt, die den Täter lediglich verletzt, aber nicht tötet.

Ein weiteres biblisches Argument für den Pazifismus beruft sich auf das biblische Gewaltverbot. Besonders hervorzuheben ist Jesu Betonung des Gewaltverzichts in Matthäus 5, wo er sagt: „Ihr habt gehört, dass gesagt wurde: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Ich aber sage euch: Widersteht nicht dem Bösen! Wenn dich jemand auf die rechte Wange schlägt, dann halte ihm auch die linke hin.“

Und wenn dich jemand verklagen und dir dein Hemd wegnehmen will, gib ihm auch deinen Mantel. Wenn dich jemand zwingt, eine Meile mit ihm zu gehen, geh zwei Meilen mit ihm. Leiste also keinen Widerstand gegen Bösewichte.

Pazifisten werden anmerken, dass dies ihre Ansicht zu stützen scheint. Auch Paulus lehrt offenbar etwas Ähnliches in Römer 12,19–21. Er sagt: „Rächt euch nicht selbst, sondern überlasst es dem Zorn Gottes.“

Lass dich nicht vom Bösen besiegen, sondern besiege das Böse mit Gutem. Auch bei Petrus finden wir die Lehre vom Gewaltverzicht. In 1 Petrus 2 heißt es: „Wenn ihr für das Gute leidet und es ertragt, ist das lobenswert vor Gott.“

Solche Bibelstellen werden also von christlichen Pazifisten zur Verteidigung ihrer Position herangezogen. Es ist jedoch zu beachten, dass sich diese Stellen auf persönliche Gewalt beziehen, nicht aber zwangsläufig auf nationale Militärgewalt. Selbst wenn wir also die moralische Pflicht haben, uns nicht gewalttätig zu verhalten, selbst nicht in Selbstverteidigung, folgt daraus nicht, dass nationale Militärgewalt unmoralisch ist.

Sprechen wir also über die Theorie des gerechten Krieges. Der gerechte Krieg hat mehrere Aspekte. Jus ad bellum befasst sich mit den Bedingungen, die einen Kriegseintritt rechtfertigen, und jus in bello mit den Prinzipien, die das Verhalten im Krieg einschränken.

Die Voraussetzungen für das Kriegsrecht (jus ad bellum, jus in bello) wurden von einer Reihe von Denkern der Lehre vom gerechten Krieg, wie etwa Thomas von Aquin, Francisco de Vitoria, Hugo Grotius und anderen, ausführlich dargelegt. Wir werden daher gleich einige Ideen unter den Begriffen jus ad bellum und jus in bello näher betrachten. Zunächst aber einige allgemeine Argumente, die die Idee eines gerechten Krieges stützen.

Das eine Argument ist das der Gerechtigkeit. Es besagt, dass ein Angriff auf eine Nation durch eine andere ungerecht ist und eine entsprechende Vergeltung erfordert. Demgegenüber steht das Friedensargument, wonach das Ziel eines Krieges darin besteht, einen bestimmten Frieden herbeizuführen.

Es geht nicht um Gewalt um ihrer selbst willen und nicht um Töten um des Tötens willen, sondern um die Schaffung einer besseren Friedenslage. Diesen Aspekt betonte Augustinus, wie auch andere, im Hinblick auf den Krieg. Hinzu kommen biblische Argumente, Gottes Billigung des israelischen Militäreinsatzes, direkte göttliche Gebote, in vielen Fällen im Alten Testament, die Israel zur Vernichtung bestimmter Völker auffordern.

Dann, in Römer 13, äußert sich Paulus zustimmend zum Einsatz von Gewalt durch die Regierung. Kommen wir nun zu einer Analyse der verschiedenen Bedingungen für das Jus ad bellum, also die Rechtmäßigkeit des Krieges, wie sie von Vertretern der Theorie des gerechten Krieges angeführt wurden. Es gibt mehrere dieser Bedingungen.

Eine der Bedingungen ist, dass ein Krieg von einer zuständigen Behörde erklärt werden muss. Dies schließt Selbstjustizgruppen oder paramilitärische Gruppen aus, da diese nicht befugt sind, einen Krieg zu erklären. Nur die höchsten Regierungsstellen besitzen diese Befugnis. Wie wir sehen werden, birgt dieses Kriterium jedoch einige Probleme.

In den meisten Fällen lassen sich bei jedem Kriterium einige wichtige Aspekte diskutieren. Hier scheint die Forderung nach einer Kriegserklärung durch eine zuständige Autorität alle Revolutionskriege auszuschließen, da Revolutionäre die herrschende Regierungsgewalt in Frage stellen. Wie könnten sie eine zuständige Autorität für die Kriegserklärung oder -führung sein? Und warum besteht man auf einer formellen Kriegserklärung? Sicherlich gab es in der Geschichte der amerikanischen Kriege viele Kriege, an denen die USA beteiligt waren, ohne dass der Kongress den Krieg erklärt hat.

Dennoch waren wir in diese Kriege verwickelt, auf Befehl unseres Oberbefehlshabers, unseres Präsidenten, ohne Zustimmung des Kongresses und ohne formelle Kriegserklärung. Zweitens muss ein gerechter Kriegsgrund vorliegen. Traditionell gelten insbesondere Selbstverteidigung und die Bestrafung von zivilen Schäden sowie der Schutz Unschuldiger als gerechte Gründe, wie im Fall des nahöstlichen Staates Kuwait, der 1991 unter der ersten Bush-Regierung vom Irak annektiert wurde.

Die Vereinigten Staaten marschierten ein und besiegten die irakische Armee, um Kuwait zu befreien. Dies wurde von nahezu allen als gerechtfertigter Kriegsgrund angesehen. Allerdings birgt dieses Kriterium einige Probleme. Was gilt als gerechtfertigter Kriegsgrund? Reicht allein die Verteidigung gegen einen militärischen Angriff aus? Oder was ist mit anderen Angriffsformen? Und wie schwerwiegend muss der Angriff sein? Was ist mit Spionage? Was ist mit digitalen Angriffen? Was ist mit erheblichen Störungen unserer Computernetzwerke, die uns auf diese Weise bedrohen könnten? Oder mit Wirtschaftsangriffen, die eine Bevölkerung sogar noch stärker gefährden können als einige wenige Bomben.

Das herauszufinden ist also sehr schwierig und wird durch die heutigen elektronischen Technologien, die in vielen Fällen weitaus bedrohlicher sind als Kugeln und Bomben, zunehmend erschwert. Was genau gilt also als gerechter Kriegsgrund? Das ist eines der meistdiskutierten Unterthemen in dieser ganzen Angelegenheit. Drittens muss eine gerechte Absicht vorliegen, beispielsweise die Sicherung von Frieden und Gerechtigkeit, damit ein Staat zum Kriegseintritt berechtigt ist.

Dieser Punkt ist weniger umstritten als die anderen Kriterien. Viertens muss Krieg das letzte Mittel sein. Dies wird von Befürwortern des gerechten Krieges oft betont: Alle friedlichen Mittel zur Beilegung eines Konflikts müssen ausgeschöpft sein, bevor der Einsatz nationaler Streitkräfte gerechtfertigt ist.

Das Problem ist: Woher wissen wir, wann alle vernünftigen friedlichen Mittel zur Beilegung des Konflikts ausgeschöpft sind? Woher weiß man, wann diese Schwelle erreicht ist? Ich weiß, dass die irakische Führung unter Saddam Hussein 2003, bevor die USA im zweiten Golfkrieg erneut in den Irak einmarschierten, sich geweigert hatte, 17 verschiedene Resolutionen des Sicherheitsrates oder des Nationalen Sicherheitsrates zu befolgen. Außerdem waren diverse Wirtschaftssanktionen gegen den Irak verhängt worden. Daher befand die überwältigende Mehrheit der amerikanischen Abgeordneten im Kongress, in beiden Häusern, dies für den richtigen nächsten Schritt.

Nur wenige lehnten den Einmarsch der USA in den Irak damals entschieden ab. Sie urteilten, dass dies nun ein angemessener Schritt sei. Und alle Anhänger der Theorie

des gerechten Krieges, von denen es im Kongress sicherlich viele gibt, kamen zu dem Schluss, dass dies ein vernünftiger Schritt sei, da alle anderen Mittel zur Lösung des Konflikts ausgeschöpft seien.

Doch es gab auch einige, die sagten: Nein, wir hätten andere Schritte unternehmen können. Wir hätten nicht zum Krieg greifen müssen. Das wäre zu diesem Zeitpunkt nicht der richtige nächste Schritt gewesen.

Fünftens muss eine realistische Erfolgchance bestehen. Man will ja nicht in den Krieg ziehen, wenn die Siegchancen gering oder gar nicht gut sind.

Das wird mehr schaden als nutzen. Das Problem ist jedoch, dass es oft sehr schwer einzuschätzen ist. In manchen Fällen sind die Erfolgsaussichten nicht ganz klar, weil man die militärischen Kapazitäten des gegnerischen Landes nicht kennt.

Ich erinnere mich, dass vor unserem Einmarsch 1991 ausführlich darüber diskutiert wurde, dass der Irak die fünftstärkste Armee der Welt besaß. Uns würde ein extrem langwieriges Unterfangen bevorstehen. Nun ja, das war es nicht.

Und das US-Militär besiegte das irakische Militär in nur wenigen Tagen. Aufgrund dieser Erfahrung dachte man 2003: „Das wird ein Kinderspiel. Wir haben das ja schon mal geschafft.“

Wir würden es wieder tun. Wir würden durch den gesamten Irak ziehen, eine Republik errichten, und es gäbe keine Probleme. Doch das Gegenteil war der Fall.

Auch wenn die Anfangsphase eines Krieges vergleichsweise einfach war, gestaltete sich der langfristige Kriegsverlauf äußerst schwierig und problematisch. Es gibt also so viele unvorhersehbare Faktoren im Krieg, dass Prognosen und Kosten-Nutzen-Analysen extrem schwierig sind. Das ist *Jus ad bellum*, die Rechtfertigung für einen Krieg.

Nun wenden wir uns den Bedingungen für das Kriegsrecht (*Jus in bello*) zu. Welche Kriterien sollten wir moralisch gesehen bei der Kriegsführung beachten? Eines davon ist der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, der besagt, dass Art und Umfang der eingesetzten Gewalt der Art der Bedrohung angemessen sein müssen. Viele argumentieren daher, dass Atomwaffen stets unangemessen und unverhältnismäßig seien.

Welche Bedrohung auch immer vorliegt, sie lässt sich niemals angemessen mit einer Massenvernichtungswaffe wie einer Atomwaffe bekämpfen. Doch das ist schwer zu beurteilen, nicht nur im Hinblick auf Atomwaffen. Vielleicht ist das der einfachere Fall.

Entscheidend ist jedoch eine verhältnismäßige Reaktion mit konventionellen Waffen. Das ist schwierig. Hinzu kommt das Unterscheidungsprinzip, demzufolge nur militärische Ausrüstung und Kombattanten gezielt angegriffen werden dürfen.

Es ist falsch, Zivilisten ins Visier zu nehmen. Dies wird in Nachrichtenberichten oft hervorgehoben, wenn Kriege herrschen, beispielsweise wenn eine Nation eine Stadt bombardiert und dabei eine Schule mit Kindern getroffen wird, auch wenn dies nicht unbedingt explizit erwähnt wird. Die Vorstellung, absichtlich oder auch nur fahrlässig so viele Zivilisten zu töten, gilt allgemein als unmoralischer Akt im Krieg.

Demnach dürfen nur militärische Ausrüstung und Kombattanten gezielt angegriffen werden, auch wenn Kollateralschäden – wie es so nüchtern formuliert wird – in Kauf genommen werden können. Dieses Prinzip ist jedoch schwer anzuwenden, da unklar ist, was überhaupt als Kombattant gilt. Sind es nur die Soldaten, die aktiv am Krieg beteiligt sind? Oder gehören auch Menschen dazu, die beispielsweise in Fabriken arbeiten, die Bomben herstellen? Die meisten würden wohl sagen: Ja, die Kriegsmaschinerie, beispielsweise im Zweiten Weltkrieg die Jagdflugzeuge und Artillerie der Nazis oder Japaner, waren ebenfalls legitime Ziele.

Und was ist mit denen, die eine Stufe weiter entfernt stehen, die auf der Geschäftsseite tätig sind und beispielsweise mit der Regierung Verträge über die Produktion von Stahl und anderen Rohstoffen abschließen, die an diese Fabriken geliefert werden? Wie weit reichen die Verflechtungen dieser Unternehmen, sodass die Beteiligten zu legitimen Zielen werden? Es gibt Mitarbeiter, die in Unternehmen arbeiten und sich vielleicht gar nicht bewusst sind, dass ihr Unternehmen einen Regierungsauftrag zur Herstellung von Militärtechnik hat. Und die Tatsache, dass Kollateralschäden in Form von zivilen Opfern entstehen, ist manchmal unvermeidbar. Egal wie präzise der Angriff ausgeführt wird, in vielen Fällen ist es wahrscheinlich, dass unschuldige Menschen oder Zivilisten getötet werden.

Ein dritter Kontext für die Betrachtung gerechten Verhaltens im Zusammenhang mit Krieg ist die Nachkriegsordnung (Justice Postbellum), die die Bedingungen für gerechtes Verhalten nach einem Krieg betrifft. Dieser Aspekt wird weniger intensiv diskutiert als die Kriegsordnung (Justice Ad Bellum) und die Kriegsordnung (Justice In Bello), ist aber dennoch von großer Bedeutung. Welche Verantwortung trägt der Sieger nach Kriegsende und der Unterzeichnung der Kapitulationsbedingungen durch die besiegte Nation gegenüber der besiegten Nation? Der Wissenschaftler Brian Orand schlägt eine Reihe von Bedingungen für gerechte Friedensabkommen nach einem Krieg vor.

Er sagt, die Bedingungen des Friedensabkommens müssten öffentlich, angemessen und vernünftig sein und sich an den Grundsätzen der Unterscheidung und Verhältnismäßigkeit orientieren. Einer dieser Grundsätze ist der Respekt, der besagt, dass die Rechte und Traditionen der Besiegten geachtet werden müssen. Es ist

unangemessen, eine ganze Kultur grundlegend verändern zu wollen, nur weil man sie im Krieg besiegt hat, und beispielsweise darauf zu bestehen, dass sie die eigene Sprache lernen oder die eigenen kulturellen Traditionen übernehmen müssen.

Die Rechte und Traditionen der Besiegten müssen respektiert werden. Gerechte Diskriminierung. Dies bezieht sich auf die Idee, dass zwischen Anführern, Soldaten und Zivilisten unterschieden werden muss.

Die Anführer und Soldaten der Nation, die unrechtmäßig Krieg geführt hat, können strafrechtlich und nach Kriegsrecht angeklagt werden, während Zivilisten von solchen Anklagen befreit sind. Sofern niemand innerhalb dieser Gesellschaft aktiv zur Ungerechtigkeit des Krieges beigetragen hat, sollte er in Ruhe gelassen werden. Gerechte Entschädigung. Dies bezieht sich auf den Grundsatz, dass die Ansprüche auf den Sieg dem Charakter des Krieges angemessen sein müssen.

Im Falle des Zweiten Weltkriegs war eine der Folgen, dass Deutschland umfangreiche Entschädigungszahlungen leisten musste, da der Krieg für so viele Menschen in ganz Europa verheerend war. Deutschland musste lange Zeit dafür aufkommen und besaß keine eigene Armee. Sie haben Deutschland gegenüber Ihre mangelnde Verantwortung für den Unterhalt einer eigenen Armee unter Beweis gestellt. Daher werden Sie lange Zeit keine Armee haben, und wir werden Sie beschützen. Das US-Militär ist seit Langem der Beschützer Europas, was unser jetziger Präsident mitunter kritisiert.

Wenn man sich unser Militärbudget ansieht, erkennt man, wie viel Geld das amerikanische Militär für den Schutz einiger europäischer Staaten aufwenden muss. Dies ist jedoch eine Folge des Zweiten Weltkriegs, insbesondere im Hinblick auf Deutschland und dessen Missbrauch des Militärs. Eine interessante Frage in diesem Zusammenhang ist, wie lange – wie viele Jahre, wie viele Jahrzehnte, wie viele Generationen – dies andauern soll. Das ist nur ein Beispiel für die Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Einhaltung des Kriteriums der gerechten Wiedergutmachung nach dem Krieg stellen. Und schließlich die Frage der angemessenen Sicherheit.

Den Besiegten muss ein gewisser Schutz vor künftigen Angriffen gewährt werden, insbesondere wenn ihnen der Aufbau eines eigenen Militärs untersagt ist, wie es beispielsweise bei Deutschland oder Japan der Fall war. Wenn dies eine Bedingung nach einem Krieg ist, die es der besiegten Nation untersagt, ein eigenes Militär zu unterhalten, macht sie dies äußerst verwundbar für Angriffe anderer Nationen. Daher muss der Sieger in diesem Fall sicherstellen, dass die Besiegten angemessen geschützt sind, was die USA getan haben.

Das sind also die Bedingungen des Oranier- Gesetzes für das Jus post bellum, und damit ist unsere Diskussion über die Ethik des Krieges abgeschlossen.

Hier spricht Dr. James Spiegel über christliche Ethik. Dies ist die 16. Sitzung zum Thema Krieg.